

Stadtratssitzung am 29.06.2015 Punkt 103/2015

Rede zu „Transatlantische Freihandelsabkommen“  
von Lukas Oßwald, Linke Liste Lahr

Ich freue mich sehr darüber, dass der Gemeinderat sich mit diesem für die Städte und Gemeinden so wichtigen Thema auseinandersetzt. Denn auch hier gilt: Der Beschluss einer einzelnen Gemeinde mag nicht viel bewirken, der Beschluss vieler Gemeinden und Städte hingegen schon. Meinen Dank an alle, die diese Debatte ermöglicht haben.

TTIP, TISA, CETA, das sind alles Abkommen, die tief in die Selbstbestimmungsrechte der einzelnen Menschen und tief in die Autonomierechte der Kommunen eingreifen. Und auch die Länder und Bundesgesetzgebungen werden dadurch maßgeblich verändert oder besser gesagt, eingeschränkt werden.

Zuallererst ist es mir wichtig, eines zu betonen:

Es geht hier nicht um einen Konflikt zwischen USA und Europa. Wir sollten nicht den Fehler machen, uns gegeneinander aufhetzen zu lassen. Es geht hier um einen Konflikt zwischen den Global Players, den Banken und Konzernen einerseits, und den großen Bevölkerungsmassen mit Ihren Bedürfnissen andererseits. Auf dem Weg, alle Bereiche des menschlichen Lebens dem sogenannten Markt, dem Wettbewerb und dem Konkurrenzdenken unterzuordnen, soll ein weiterer Pflock eingeschlagen werden. Warum sind die Verhandlungen streng geheim und entsprechend intransparent? Die Antwort weiß jeder selbst. Es gibt etwas zu verbergen und wir sollen es möglichst spät erfahren, was auf uns zukommt. 600 Personen ausgesucht und legitimiert von den Interessenverbänden der Global Player haben privilegierten Zugang zu den Beratungen – Parlamentarier, Gewerkschaften und Sozialverbände werden hingegen weitgehend ausgeschlossen und dürfen allenfalls bei repräsentativen Anlässen als Dekoration dienen. Ron Kirk, früherer US-Handelsminister meinte im Mai 2012, öffentlich würde solch eine Abkommen genauso scheitern wie z.B. das Abkommen NAFTA 2001.

„Ein Papier, das die Öffentlichkeit scheuen muss, darf in einer

funktionierenden Demokratie nicht unterzeichnet werden“, sagte dazu kürzlich die US-Parlamentarierin Elisabeth Warren im Weißen Haus in Washington.

Freihandel ist nichts anderes als deregulierter Handel, also ein Warenaustausch ohne Regeln. Dieses Wort Freihandel ist also völlig irreführend, es sollte Wilder Handel heißen. Denn frei sind nur einige wenige, die die Handelsmacht besitzen – alle anderen müssen sich deren Diktaten unterwerfen. Das muss hier klargestellt werden, wenn wir über TTIP, TISA und CETA debattieren.

Nun sollen also auch noch die letzten Handelsregeln, vor allem in den sensiblen Bereichen der Landwirtschaft, der Nahrungsmittel, der Waffengeschäfte, usw., fallen. Alles wird der Konkurrenz und somit dem Wettbewerb, der heiligen Kuh des Kapitalismus, unterworfen. Dieser Freihandel unterdrückt schon heute Millionen von Menschen in den afrikanischen Entwicklungsländern. Dort sorgen wir mit unseren Abkommen dafür, dass deutsches Gemüse in Ghana billiger ist als einheimisches. Wir sorgen dafür, dass unsere Milchprodukte in vielen Teilen Afrikas zu Dumpingpreisen verschleudert werden und somit die afrikanischen Bauern ins Elend und die Abhängigkeit Europas treibt. Aber auch die Schwarzwaldbauern bei uns bekommen die Auswirkungen zu spüren. Für diesen deregulierten Markt können nur noch die Großen produzieren. Die Existenz der Kleinen Produzenten wird vernichtet. Und um das wenige, das bleibt, werden Kriege mit deutschen Waffen geführt. Die Quittung des Freihandels bezahlen über 60 Millionen Flüchtlinge weltweit, ein trauriger Rekord. Viele von ihnen klopfen an Europas und Deutschlands Tür, denn sie haben keine Existenzgrundlage mehr. Papst Franziskus nannte dies in seiner Laudatio treffend ein „...strukturell pervernes System von kommerziellen Beziehungen und Eigentumsverhältnissen“.

Die Politiker beider Seiten des Atlantiks, die TTIP und die anderen Abkommen vorantreiben, räumen ohne weiteres ein, dass es nicht in erster Linie um Zollsenkungen geht, sondern vielmehr um "die Beseitigung, Reduzierung oder Verhinderung unnötiger, nicht tarifärer Handelshemmnisse" - womit alle Handelsbeschränkungen gemeint sind, die es über Zölle hinaus noch geben mag. Sprich, es geht gegen gesetzliche Auflagen für Finanzgeschäfte, gegen Klimaschutzmaßnahmen, gegen Standards der Lebensmittel- und Produktsicherheit.

Gentechnikfreies Lahr beispielsweise, können wir dann getrost beerdigen und Monsanto wird sich ebenso freuen wie die BASF hier um die Ecke.

Den meisten bisherigen Prognosen zu den Abkommen liegt die Annahme zugrunde, dass eine Deregulierung des Handels stets eine starke Wirtschaftsdynamik auslöst - was empirisch längst widerlegt ist. Verzichtet man aber auf diese dubiose Annahme, dann schrumpft der potenzielle BIP-Zuwachs durch das Freihandelsabkommen auf statistisch irrelevante 0,06 Prozent. Diese Tatsache räumen auch TTIP-freundliche Wirtschaftsexperten ein.

Die Sitzungsunterlage spricht nun in der Ausgangslage von „erheblichen Wachstums- und Beschäftigungseffekten durch die Harmonisierung von Normen und den nicht tarifären Handelshemmnissen“. Diese Effekte gibt es aber, wie bereits gezeigt, schlichtweg nicht und werden von den Befürwortern in den Konzernetagen herbei fabuliert, um uns das ganze schmackhafter zu machen. Wir sollten auf diesen Unsinn nicht hereinfliegen. In dieser so genannten Harmonisierung von Normen und den nicht tarifären Handelshemmnissen sieht Lori Wallach von der Le Monde Diplomatie lediglich „das Zurückstutzen aller möglichen Gesetze und Regelungen zum Schutz des öffentlichen Interesses“. Auch ATTAC und sogar die katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) äußern sich ähnlich.

Die Studien, die beim Hochjubeln von TTIP benannt werden, basieren auf dem unbewiesenen Mantra, dass die Abschaffung sozialstaatlicher Errungenschaften irgendwie ökonomischen Nutzen für alle bringe. Doch selbst mit derart schrägen Kalkulationen kommen sie nur auf eine sehr dürftige ökonomische Bilanz. Wobei sie dann noch die quantifizierbaren Kosten unterschlagen, die für die Konsumenten wie für die Volkswirtschaft insgesamt anfallen, wenn alle Errungenschaften für das öffentliche Interesse, vom Gesundheitswesen über den Umweltschutz bis hin zum Sozialstaat im weitesten Sinne, wieder rückgängig gemacht werden.

Schon heute sehen wir, wie Großkonzerne wie Vattenfall unsere Regierung erfolgreich vor den Kadi zerren können, wenn vernünftige Politik wie z.B. der Atomausstieg verfolgt wird. Klagen gegen Garantiepreise bei der Einspeisevergütung erneuerbarer

Energien, Klagen gegen Antirauchergesetze in Uruguay und Australien von Philipp Morris, Klagen von US-Firmen gegen ägyptische Mindestlöhne oder gegen ein Gesetz in Peru zur Kontrolle toxischer Emissionen gibt es schon heute. Und der US-Pharmakonzern Eli Lilly hat etwas gegen für jedermann erschwingliche Arzneimittel und verklagt Kanada wegen seiner menschenfreundlichen Lizenzierungspraxis von Medikamenten. Man sieht klar und deutlich, wohin die Reise mit den Freihandelsabkommen gehen soll. Sie greifen in alle Lebensbereiche der Menschen ein. Und die Kommunen, die rund 80 Prozent der Daseinsfürsorge leisten, besonders betroffen. Dabei spielt der Investorenschutzmechanismus, kurz ISDS (Investor to State Dispute Settlement), eine wichtige Rolle. Hier soll ein Rechtssystem etabliert werden, das nur noch Konzernen offen steht und über nationales Recht gestellt werden soll. Sie werden so gestaltet, das den Menschen, den Kommunen, und vermutlich auch vielen Bundesländern schlicht die Mittel fehlen, um gegen die Heerscharen von Konzernanwälten bestehen zu können. Welcher Kommunalpolitiker kann dann in Zukunft noch sicher sein, ob seine Gemeinde nicht vor den Kadi gezerrt wird, wenn er bei Ausschreibungen Sozial- oder Umweltstandarte zur Bedingung macht. Also das macht, was heute noch durch die Autonomierechte der Gemeinden gewährleistet wird. Auf gut Deutsch: Wenn wir keinen Granit, der durch Kinderarbeit hergestellt wurde, kaufen wollen sondern welchen, der mit fairen Löhnen bereitgestellt wird, kann uns so ein Kinderarbeitskonzern zukünftig vor das Schiedsgericht zerrren. Auch die letzten Spielräume, einen regionalen Anbieter vorziehen zu können, sind dann bei null angelangt. Interessanterweise haben auch die deutschen SPD-Parlamentarier neben den Konservativen, den Liberalen und der AFD im Europäischen Wirtschaftsausschuß kürzlich für ISDS gestimmt. Als ISDS dann Gefahr lief, im EU-Parlament durchzufallen, hat Martin Schulz von der SPD dann die Abstimmung kurzerhand abgesagt.

Wie wenig gewappnet Gemeinden für das internationale Geschäft sind, weiß man spätestens seit dem großen Hype um die PPP-Geschäfte. Dort haben Kommunen vielfach Verträge, oft noch in fremder Sprache, mit 500 Seiten und mehr unterschrieben ohne überhaupt zu überblicken, welche Konsequenzen damit verbunden

waren. Sie haben es bitter bereut. Sie konnten und können sich nämlich keinen großen Stab an internationalen Rechtsexperten leisten, der solche Vertragskonstrukte durchblicken kann. Dennoch sollen die Gemeinden in Zukunft genau dazu gezwungen werden.

Im Gegensatz zur Stadt Lahr und den Kommunalen Spitzenverbänden sowie des Verbands kommunaler Unternehmer sehen wir keine Vorteile in dem Zustandekommen von TTIP, TISA, CETA, etc. Wegen allen dieser Gründe gehören wir von der Linken Liste Lahr von Anfang an zu den mittlerweile über 2,0 Mio. Unterzeichnern gegen TTIP.

Zu Punkt 1. der Vorlage:

Unter „Impulsen für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft in Lahr, BW, der EU und den USA“ kann man viel verstehen – auch viel negatives. Es fehlt die qualitative Aussage, wohin sie sich entwickeln soll. Ich finde man sollte solche nichtssagenden Sätze weglassen. Die Eckpunkte der Landesregierung tragen wir insoweit mit, dass wir die kritischen Aspekte teilen. Wir können jedoch keine positiven Aspekte in den Abkommen erkennen. Realistisch betrachtet werden die Handlungsspielräume durch diese Abkommen definitiv beeinträchtigt werden. Deshalb müssen wir diese Abkommen verhindern. Faire und nachhaltige Handelsregeln sind gerade nicht beabsichtigt. Freihandel ist genau das Gegenteil. Deshalb lehnen wir diesen Punkt ab.

Zu Punkt 2. der Vorlage:

Wir wollen keine Handelsbeschränkungen für Kommunen durch die Konzerne, auch nicht mit der Einschränkung eines Positivistenansatzes. Wir kritisieren, dass das Positionspapier keinerlei Aussagen über die Ursachen für das Zustandekommen von TTIP und den anderen Abkommen enthält. Ohne die Ursachen zu nennen und zu bekämpfen, werden aber sämtliche jetzt eventuell getroffenen Ausnahmen später wieder zu Debatte gestellt werden und Stück für Stück verschwinden. Deshalb lehnen wir diesen Punkt ebenfalls ab.

Zu Punkt 3. der Vorlage:

Die Linke Liste Lahr stimmt dem Punkt 3 der Sitzungsunterlage und den damit verbundenen Forderungen zu.

Wenn hier alle drei Punkte zusammen abgestimmt werden, werden wir dagegen stimmen, da die Unterstützung solcher Abkommen für uns nicht in Frage kommt. Es wäre deshalb sinnvoll, die Punkte getrennt abzustimmen.

Konsequenterweise müsste auch das Abkommen CETA separat behandelt werden. Dort sind die Verhandlungen bereits so weit fortgeschritten, dass die Forderungen in Punkt 3 ,insbesondere die, die die Konzernklagerechte betreffen, nicht mehr umgesetzt werden können. CETA müsste konsequenterweise von all denen abgelehnt werden, die diese Änderungen vertreten.

Zum Schluss nochmals Franziskus:

„Wenn die Politik nicht imstande ist, eine perverse Logik zu durchbrechen, und wenn auch sie nicht über armselige Reden hinauskommt, werden wir weitermachen, ohne die großen Probleme der Menschheit in Angriff zu nehmen.“

„Es geht schlicht darum, den Fortschritt neu zu definieren.“

Wir alle sind dazu aufgerufen und sollten uns beteiligen.